

Nr. XIX. GP-NR
1278 /J
1995-06-06

ANFRAGE

der Abgeordneten Haigermoser,

an den Bundesminister für Inneres
betreffend die Drogenpolitik in Österreich

Presseberichten zufolge wollen die Grünen in der Bundesrepublik Deutschland eine, wie sie es nennen, "Wende in der Drogenpolitik" herbeiführen.

Sie fordern mit dem Hinweis auf die Beschaffungskriminalität eine Freigabe von sogenannten weichen Drogen (Haschisch und Marihuana) ab dem 16. Lebensjahr und die Abgabe von harten Drogen an Süchtige unter staatlicher Aufsicht und ärztlicher Kontrolle. Die momentane staatliche Drogenpolitik bezeichnen sie als "ein einzigartiges Arbeitsbeschaffungsprogramm für organisierte Kriminalität".

Obwohl der Versuch der Drogenbekämpfung durch Liberalisierung schon in den Niederlanden und in der Schweiz gescheitert ist, stellen auch in Österreich führende Politiker der Grünen und des Liberalen Forums immer wieder derartige Forderungen und manifestieren diese zum Teil sogar in ihren Parteiprogrammen. Dies läßt, in Anbetracht der immer deutlicher werdenden Bestrebungen dieser Gruppen an einer Regierung teilnehmen zu wollen, eine gewaltige Gefahr in bezug auf die Drogenproblematik in Österreich herannahen.

Aus diesem Grund stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Inneres die folgende

ANFRAGE

1. Halten Sie die Legalisierung von Drogen für einen gangbaren Weg der Bekämpfung des Drogenmißbrauches?
2. Falls ja, auf welche wissenschaftlichen Erkenntnisse oder realen Versuche in anderen Staaten begründen sie diese Auffassung?
3. Falls nein, wie wollen Sie dem immer weiter um sich greifenden Mißbrauch von Drogen, dem Handel mit diesen und der damit verbundenen Beschaffungskriminalität Herr werden?
4. Welche konkreten Maßnahmen haben Sie in diesem Zusammenhang gesetzt und welcher Erfolg war diesen beschieden?